

Kommentar

Syrien – doch „Vorrang für zivil?“

Christine Schweitzer

Stand: 13.9.2013

In dem Bürgerkrieg in Syrien sind bislang über 100.000 Menschen getötet und bis zu acht Millionen vertrieben worden; zwei Millionen dieser Vertriebenen halten sich als Flüchtlinge in völlig überlasteten Lagern in den Nachbarländern Syriens auf. Aber es waren weniger diese Zahlen, die die Bereitschaft einiger westlicher Staaten zu einem Militäreinsatz weckten, als der Einsatz von Giftgas in der Region Ghuta nahe Damaskus in der Nacht zum 21. August, bei dem zwischen 350 und 1.400 Menschen getötet und 3.600 verletzt wurden. (1)

Was danach folgte, hatte alle Elemente eines Politthrillers, der sich weiter fortsetzt, während dieses Friedensforum fertiggestellt wird. Zuerst sprach Obama zunächst lediglich von einer ‚gründlichen Prüfung der Vorwürfe und aller Optionen‘ (25.8.) (2), um dann einen Tag später (26.8.) durch seinen Außenminister mit martialischen Worten einen begrenzten Militärschlag ankündigen zu lassen.(3) Frankreich und Großbritannien schlossen sich an und erklärten sich bereit, mit den USA gemeinsam zu handeln, notfalls auch ohne eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates. (4) Andere Länder, darunter auch Deutschland (trotz Wahlkampfes in seltener Einmütigkeit von Merkel und Steinbrück), verkündeten, dass sie sich auf keinen Fall beteiligen würden.

Aber schnell wurden Zweifel laut – nicht nur die Friedensbewegungen in den USA und Europa - in den USA sind nach Meinungsumfragen 59% gegen einen Militärschlag (5) -, sondern auch Medien, Stimmen aus dem Militär selbst und politische BeobachterInnen fragten nach Sinn und Zweck eines solchen Eingreifens und sprachen von schlecht berechenbaren Konsequenzen. Selbst Think Tanks wie die International Crisis Group, die in der Vergangenheit durchaus auch militärische Optionen in verschiedenen Krisen empfahl, warnten vor einem Militärschlag. Er sei gefährlich und kaum im Interesse des syrischen Volkes. (6)

Die konzertierte Kritik zeigte Wirkung: Zuerst erklärte der britische Premier Cameron, dass er nur mit Zustimmung des Parlaments handeln wolle, und dann kündigte Obama an, dass er auch die Zustimmung der beiden Kammern seines Parlaments (Kongress und Senat) einholen wolle. Die Abstimmung im britischen Unterhaus ging für Cameron Ende August schlecht aus: die Mehrheit stimmte am 29.8. gegen einen Militäreinsatz.

Während sich der Angriff, von dem zunächst angenommen worden war, dass er noch vor dem G 20-Gipfel in Moskau in der ersten Septemberwoche stattfinden würde, weiter verzögerte, wurde sein Charakter immer unklarer. Anfänglich war von einem kurzen, vielleicht zweitägigen gezielten Angriff aus der Luft auf Militäreinrichtungen des Assad-Regimes (unter Aussparung der Chemiewaffendepots) die Rede (7), einer reinen Strafexpedition ohne entscheidenden Einfluss auf den Bürgerkrieg im Land. Später erklärte sich der US-Senat bereit, einem bis zu 60-tägigen Luftangriff mit einer Verlängerungsoption für weitere 30 Tage zu billigen. Und Kerry sprach in einer Pressekonferenz am 3.9. davon, dass auch Bodentruppen nicht ausgeschlossen werden könnten, sofern die Gefahr bestünde, dass Chemiewaffen ‚in die Hände von Extremisten fallen‘ könnten, auch wenn er diese Aussage kurz danach wieder halb zurücknahm. (8)

Bei dem G 20 Gipfel in Moskau, der am 6. September endete, konnten die USA und Russland keine Einigung über eine gemeinsame Haltung erzielen. Als Ausdruck der verhärteten Haltung zwischen Ost und West unterzeichneten alle anwesenden EU-Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien) mit der Ausnahme Deutschlands (!) ein gemeinsames Statement, in dem sie die Angriffspläne der USA als Antwort auf Giftgasangriffe in Syrien unterstützen: *"Wir fordern eine starke internationale Antwort auf diese schwerwiegende Verletzung internationalen Rechts (...), die deutlich macht, dass derartige Gräueltaten sich nicht wiederholen können ..."*, und: *"Diejenigen, die diese Verbrechen begangen haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden."* (9) Zu den Unterzeichnern gehören neben den USA auch die Türkei, Japan, Australien, Kanada und Südkorea. Deutschland schloss sich der Erklärung einen Tag später an mit der Begründung, man habe erst einmal eine einheitliche Position

der EU abwarten wollen. Diese ließ auf ihrem Gipfel in Vilnius am 7.9. verkünden, dass sie an Obama appelliere, das Ergebnis der UN-Untersuchungen abzuwarten.

Unterdessen bemühte sich Obama weiter, Zustimmung in den beiden Häusern seines Parlamentes für den Militärschlag zu gewinnen. Der Auswärtige Ausschuss des Senats hatte am 4. September mit 10 zu 7 Stimmen für einen Militärschlag gestimmt, was als erster Erfolg für Obama gewertet wurde. Aber seine Aussichten, auch den Kongress auf seine Seite zu ziehen, schienen gering: Nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung in den USA war gegen einen Angriff auf Syrien, sondern auch die Mehrheit im Kongress, dem Repräsentantenhaus. Nach Meldungen vom 9. September hatte Obama dort nur 30 der 435 Abgeordneten hinter sich. (10)

Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann

Es war in dieser Situation, und drei Tage nach Ende des G 20 Gipfels, dass Präsident Putin eine Äußerung aufgriff, die von Außenminister Kerry bei einer Pressekonferenz am Montag, den 9.9. gemacht hatte. Er verkündete eine Initiative mit dem Ziel, die Chemiewaffen Syriens unter internationale Kontrolle der UN stellen und schließlich vernichten zu wollen. (11) Aus den USA hieß es, dies sei angeblich von den USA und Russland am Rande des G 20 Gipfels abgesprochen worden – ob das so stimmt, muss dahingestellt bleiben. Assad erklärte sich am nächsten Tag mit dem Vorschlag einverstanden, und gab dabei erstmalig zu, Chemiewaffen zu besitzen. (12) Plötzlich schien die Situation grundlegend verändert. Die bis dahin völlig auf das Nebengleis geschobene UNO (deren Bericht der Chemiewaffeninspektoren die USA nicht abwarten wollten) trat plötzlich wieder in den Vordergrund. Eine UN-Sicherheitsratsresolution sollte den russischen Vorschlag aufgreifen und den Weg zu seiner Umsetzung freimachen. Allerdings stellte sich praktisch augenblicklich heraus, dass die unterschiedlichen Vorstellungen Russlands und der USA in Bezug auf die Androhung eines Militärschlages aber weiter bestehen blieben und eine französische Resolution, die vorsah, für den Fall der Nichtkooperation Syriens Kapitel VII der UN-Charta anzurufen, nicht konsensfähig war. Eine für den 10.9. vorgesehene Sitzung des UN-Sicherheitsrates wurde deshalb abgesagt.

Am gleichen Tag verkündete Obama in einer mit Spannung erwarteten nur viertelstündigen Ansprache an die Nation (13), dass er vorerst von einem Militärschlag gegen den Irak absehen werde, und bat den Kongress, eine Abstimmung aufzuschieben. Seine Drohung mit einem Schlag hob er aber nicht auf. Aber es werde *„keine Aktion mit offenem Ende wie in Irak oder Afghanistan, noch ein längerer Luftkrieg wie in Libyen oder Kosovo sein. Dies würde ein gezielter Schlag werden, um ein klares Ziel zu erreichen: von dem Einsatz chemischer Waffen abzuschrecken und Assads Fähigkeiten zu reduzieren“*. (14) Mit anderen Worten: von dem 60-tägigen Einsatz ist nicht mehr die Rede.

Am Donnerstag, den 12.9., flog Außenminister Kerry nach Genf, um seinen Amtskollegen Lawrow zu treffen. (15) Während dieses Friedensforum in den Druck geht, wird noch verhandelt. Bei den Vereinten Nationen ist inzwischen ein Antrag Syriens auf Beitritt zur internationalen Chemiewaffenkonvention eingegangen. Nach der Aufnahme hätte Syrien 30 Tage Zeit, um seine Bestände an Chemiewaffen offenzulegen.

Der Giftgaseinsatz: Erkenntnisse und Spekulationen

Über diesem diplomatischen Hickhack ist die Diskussion über den Giftgaseinsatz selbst beinahe in den Hintergrund getreten, dabei steht eigentlich auch vor dem Bericht der UN-Inspektoren nur eines ziemlich unzweifelhaft fest, nämlich dass es sich tatsächlich um Giftgas gehandelt hat.

Dass Syrien über Giftgas verfügt und es auch schon mehrfach in dem Bürgerkrieg eingesetzt hat, wird eigentlich von keinem seriösen Beobachter bestritten. Trotzdem gibt es viele Fragezeichen bezüglich dessen, was am 21. August geschehen ist. Die von den USA vorgelegten „Beweise“ für die Verantwortung des Regimes waren zumindest bislang (Stand: Mitte September) nur Indizienbeweise und die Berufung auf vage „klassifizierte Quellen“. (16) Auf Facebook soll kurzfristig am 21.8. eine Meldung gepostet worden sein, in der sich Anhänger des Regimes zu dem Angriff mit Giftgas bekannten. (17) In einer saudischen Zeitung wurde behauptet, dass eine syrische Eliteeinheit gegen den Willen ihres Kommandanten Giftgas entwendet und zum Einsatz gebracht habe. (18)

Die syrische Regierung ihrerseits macht die Rebellen für den Einsatz verantwortlich. Es kann in der Tat gefragt werden, wie die Regierung Assad gerade zu dem Zeitpunkt einen solchen Angriff

durchführen konnte, zu dem UN-Inspektoren zur Überprüfung der Vorwürfe früherer Giftgaseinsätze im Land waren. Es ist nicht nur der Reflex, bei allem, was die USA als wahr behaupten, erst einmal das Gegenteil als zutreffend anzusehen, wenn aus Kreisen der Linken und Teilen der Friedensbewegung die Vermutung geäußert wurde, dass die Rebellen für den Angriff verantwortlich seien. Die Logik des *cui bono* (wem nützt es) lässt sie in Verdacht geraten, denn sie fordern seit Beginn des Bürgerkrieges eine internationale Militärintervention. Der Krieg lief die letzten Monate nicht gut für sie, und die USA hatten mit ihrer „roten Linie“ eine solche Intervention angedroht. Es hat auch in der Vergangenheit schon viele Fälle gegeben, in denen in einem Krieg eine Seite einen Angriff auf sich selbst vortäuschten oder auf Zivilbevölkerung zielte, um entweder einen Grund zu haben, in den Krieg zu ziehen oder eine dritte Seite zum militärischen Eingreifen zu bewegen, man denke an den von Deutschland inszenierten Angriff auf den Sender in Gleiwitz an der polnischen Grenze 1939 und die von den USA vorgetäuschte Attacke auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tonkin vor Vietnam 1964.. Beispiele für das zweite wurden in den Konflikten in Bosnien-Herzegowina zwischen 1992 und 95 (Beschuss des Marktes in Sarajevo) und im Kosovo (Massaker von Racak) vor dem Eingreifen der NATO 1998-99 zumindest vermutet, wenngleich nicht ohne jeden Zweifel belegt.

In den Medien wird wie in der Politik i.d.R. von einer Verantwortung des Regimes ausgegangen, aber es gibt auch vereinzelte Berichte darüber, dass Kämpfer der *Jabhat al-Nusra* verantwortlich seien, die von Saudi-Arabien Giftgas bekommen hätten. Das Gas sei in Tunneln versteckt worden, ohne dass diejenigen, die es transportierten, überhaupt gewusst hätten, worum es sich bei den Waffen handelte. (19)

Was die Wahrheit ist, ist nicht bekannt. Man sollte sich genauso dafür hüten, den westlichen Indizienbeweisen blind Glauben zu schenken wie anzunehmen, dass die Rebellen für den Angriff verantwortlich zeichnen, denn dafür gibt es genauso wenige belastbare Beweise.

Bewertung

Beinahe unabhängig davon, was weiter passiert: Es hat schon lange keinen Plan einer Militärintervention gegeben, der auf so viel Widerstand gestoßen ist, dass er zumindest aufgeschoben, vielleicht sogar aufgehoben wurde. Natürlich war es nicht allein und vielleicht nicht einmal vorwiegend die Friedensbewegung, sondern der Widerstand quer durch alle Lager, von einfachen BürgerInnen bis zur Elite, von Links bis Rechts, der Wirkung entfaltet hat.

Allerdings lagen dem Umdenken keine pazifistischen Motivationen zugrunde – es war kein grundsätzliches „Vorrang für zivil“. Sondern hinter der Entscheidung, einen Militärschlag aufzuschieben, steht eher das Fehlen einer klaren Strategie einerseits und die Sorge, dass ein Eingreifen in den Bürgerkrieg auf Seiten der bewaffneten Opposition ein Eingreifen zugunsten derer sein könnte, die man im von den USA ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ bekämpft, andererseits.

Der Kampf um die Deutungshoheit dessen, was geschehen ist, hat schon begonnen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, wie das, was gerade geschah, einmal im Mainstream der Medien und Politikwissenschaft beschrieben werden wird, sofern es Erfolg hat: Nämlich als ein neuer Sieg der „sticks and carrots“-Politik, einer Politik, die durch die glaubhafte Drohung mit Gewalt einen unwilligen Diktator zum Einlenken bewegt. (20) Noch wissen wir, dass es kein durchdachter Plan war, der zu dem sich abzeichnenden Durchbruch geführt hat, sondern diplomatischen Lavieren und das Fehlen der Zustimmung zu den Plänen der drei westlichen Alliierten auf Seiten der Bevölkerung und der Eliten in den beteiligten Ländern. Noch sind sich die meinungsbildenden Medien in dieser Hinsicht nicht einig. Viele greifen Obama für dessen „Führungsschwäche“ an und werfen ihm Planungslosigkeit vor. In diese Klage sollten wir allerdings auch nicht einstimmen. Wieso ist es „Schwäche“, wenn ein Präsident auf seine BeraterInnen hört, wenn er das Parlament befragt? Sind das nicht Kernelemente einer Demokratie, nämlich dass die Politik auf ihr Volk hört? Insofern gilt es, bei aller Kritik an dem Vorgehen der Supermacht, doch auch froh zu sein, dass letztlich nicht der Logik des „Erst schießen, dann reden“ gefolgt worden ist.

Die Gefahr eines Militärschlags ist nicht vorbei

Es ist im Moment noch nicht absehbar, was am Ende passieren wird. Sofern die russische Initiative Erfolg hat, sie dürfte sie ein „Fenster der Möglichkeit“ öffnen, das vielleicht auch die Chance für Verhandlungen über die Beendigung des Krieges bietet. Es ist aber auch möglich, dass dieses Fenster

sich wieder schließt, ohne genutzt worden zu sein. Jede der Parteien hat dabei einen Schwarzen Peter in der Hand – wenn die Opposition weiterhin nicht bereit ist, mit VertreterInnen des Regimes zu verhandeln, wäre sie genauso für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich als wenn Assad sich als nicht gesprächsbereit zeigen sollte.

Und es ist auch möglich, dass alles scheitert und es doch zu einem Militärschlag der USA und einer neu zu schmiedenden Koalition der Willigen kommt, obwohl dieser nur noch mehr Tote und Vertriebene verursachen würde und aller Warnungen vor der Gefahren, die ein solches Vorgehen in sich birgt. Deshalb gilt es, auch als Friedensbewegung, weiter wachsam zu sein und die weiteren Entwicklungen aufmerksam zu beobachten. In vielen Orten rufen Friedensgruppen bei Beginn von Bombardements zu spontanen Demonstrationen in den Innenstädten aufrufen (meist um 17 oder 18 Uhr).

Aber wir sollten dabei eines auch nicht vergessen: Der Krieg in Syrien hat 2011 begonnen, nicht mit der Drohung einer westlichen Militärintervention. Es ist verständlich, wenn SyrerInnen bittere Kommentare darüber abgeben, dass die internationale Aufmerksamkeit erst geweckt wurde, als es zu dem Giftgaseinsatz kam. (21)

Die Friedensbewegung ist sich einig in ihrer Ablehnung einer Militärintervention und in der Forderung nach einem Ende des Krieges in Syrien. Die schon lange geplante Syrienkonferenz, die VertreterInnen des Regimes und der Opposition zusammenbringen würde, ein Waffenstillstand, die Unterstützung der Flüchtlinge und Vertriebenen, die Gleichbehandlung von AsylbewerberInnen aus Syrien mit den in Deutschland aufgenommenen „Kontingentflüchtlingen“, ein komplettes Waffenembargo und die Verweigerung jeder auch indirekten Unterstützung des Krieges durch Deutschland gehören zu den vielfach formulierten Forderungen. (22)

Anmerkungen

1 Die Zahlen sind unklar. So sprach Großbritannien von „*mindestens 360 ZivilistInnen*“ und nur die USA behaupten, jedes einzelne Opfer gezählt zu haben: Exakt 1.429 Tote, davon „*mindestens 426 Kinder*“ (<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/08/30/government-assessment-syrian-government-use-chemical-weapons-august-21>). Zur Zahl der Verletzten: <http://www.msf.org/article/syria-thousands-suffering-neurotoxic-symptoms-treated-hospitals-supported-msf>. Das Weiße Haus nennt dieselbe Zahl.

2 Tagesschau, 25.8.2013.

3 http://www.washingtonpost.com/world/national-security/kerry-obama-determined-to-hold-syria-accountable-for-using-chemical-weapons/2013/08/26/599450c2-0e70-11e3-8cdd-bcdc09410972_print.html

4 <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-23795088?print=true>

5 International Herald Tribune 5.9.2013, S. 5 (President says the world set a ‘red line’)

6 INTERNATIONAL CRISIS GROUP - Syria Statement. 2.9.13

7 After Syria chemical allegations, Obama considering limited military strike. The Washington Post, 26.8.13

8 International Herald Tribune a.a.O.

9 http://www.tagesschau.de/ausland/gzwanzig-russland112.html_vom_7.9.13. Der gesamte Text des Statements ist auf: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/09/06/joint-statement-syria>.

10 Ebner, Karoline (2013) Präsident in der Zwickmühle, tagesschau 9.9.2013, <http://www.tagesschau.de/ausland/syrien3108.html>

11 Rosenberg, Steven (2013) Russia’s Nimble Footwork on Syria. BBC News 11.9.2013, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-24045650?print=true>

12 Goldfarb, Zachary A. und Nakamura, David (2013) Obama Takes Syria Case to the Public in White House Address, Washington Post 11.9.2013, http://www.washingtonpost.com/politics/obama-takes-syria-case-to-the-public-in-white-house-address/2013/09/10/11b5356a-1a36-11e3-82ef-a059e54c49d0_story.html

13 Die Rede kann nachgelesen werden unter: http://www.washingtonpost.com/politics/running-transcript-president-obamas-sept-10-speech-on-syria/2013/09/10/a8826aa6-1a2e-11e3-8685-5021e0c41964_story.html

14 ebda, Übersetzung CS

15 Pitzke, Marc (2013) Obama schiebt Militärschlag gegen Syrien auf. Spiegel Online 11.9.2013, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-obama-schiebt-militaerschlag-auf-a-921541.html>

16 siehe International Herald Tribune 5.9.13, a.a.O.

17 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/aktivisten-in-syrien-neuer-giftgasangriff-von-assads-armee-a-917699-druck.html>

18 <http://www.taz.de/Debatte-Buergerkrieg-in-Syrien/!122490/>

19 Zum Beispiel: Gavlak, Dale und Ababneh, Yahya (2013) Syrians in Ghouta Claim Saudi-Supplied Rebels Behind Chemical Attack, <http://www.mintpressnews.com/witnesses-of-gas-attack-say-saudis-supplied-rebels-with-chemical-weapons/168135/>; <http://consortiumnews.com/2013/09/06/obama-warned-on-syrian-intel/>; (Ich danke Albert Fuchs für die Hinweise auf diese Quellen.)

20 Als eines der letzten erfolgreichen Beispiele hierfür gilt die amerikanische Vermittlungsstrategie im Bosnienkonflikt 1994-95, als die NATO durch immer weitergehende Bombardierungen serbischer Stellungen Präsident Milosevic und seine Verbündeten in Bosnien militärisch unter Druck setzte, dem von Vermittler Holbrooke ausgearbeiteten Friedensplan zuzustimmen. Siehe Holbrooke, Richard (1998) *To End a War*. New York:Random House; Sloan, Elinor C. (1998) *Bosnia and the New Collective Security*. Westport:Praeger Publishers

21 Siehe verschiedene Kommentare, Blogs und Artikel auf Al Jazeera, zum Beispiel: <http://www.aljazeera.com/programmes/insidestory/2013/09/20139105>. Auch: <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-24037091?print=true> vom 10.9.13

22 Eine Zusammenstellung verschiedener Aufrufe findet sich auf www.friedenskooperative.de.

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung, Mitarbeiterin des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung und Redakteurin des Friedensforums. Eine Kurzfassung dieses Artikels wird im kommenden Friedensforum (5/2013) erscheinen.